
/// Europas Krise

DIE RÜCKKEHR DER „DEUTSCHEN FRAGE“

BRENDAN SIMMS / BENJAMIN ZEEB /// Europa steht am Scheideweg. Konstruktionsfehler im Inneren und Handlungsunfähigkeit nach Außen machen deutlich, dass die Europäische Union gescheitert ist. Was wir Europäer als nächstes tun, wird die Sicherheit und den Lebensstandard aller Bürger der Eurozone über Generationen hinweg bestimmen.

Der Weg zur europäischen Einheit

Die Deutsche Frage war stets einer der maßgeblichen Impulse der europäischen Einigung. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl wurde so konstruiert, dass sie eine erneute kriegerische Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Deutschland unmöglich machen sollte. Für Washington war der europäische Integrationsprozess nicht nur Mittel zum Zweck, um deutsche Rachegelüste nach zwei verlorenen Kriegen zu besänftigen, es ging auch darum, die Bundesrepublik gegen die sowjetische Bedrohung zu mobilisieren. Der Marshall-Plan stützte sich auf die Hoffnung, dass deutsche Exporte die wirtschaftliche Erholung des Kontinents einleiten könnten. Bonn wurden, anders als Berlin nach dem Ersten Weltkrieg, Reparationen erspart und im Londoner Schuldenabkommen wurde Deutschland der Großteil seiner Aus-

landsschulden erlassen. Im Gegenzug verpflichtete sich Deutschland, sich in westliche internationale Strukturen zu integrieren. Von nun an fanden die militärische Integration und die deutsche Wiederaufrüstung im Kontext der NATO statt, während die Aufgabe der ökonomischen Integration an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft übertragen wurde. 1957 beschlossen, sollte diese 1992 schließlich in die Gründung der Europäischen Union münden.

Die Deutsche Frage war mit ein **WEGBEREITER** der europäischen Einigung.

Als sich die deutsche Industrie im Laufe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erholte und wiedererstarke, verlagerte sich der Fokus der Europäi-



Durch Adenauers Entscheidung zur Westintegration begann mit der wirtschaftlichen Integration der Weg zur europäischen Vereinigung.

schen Integration darauf, Deutschlands Wirtschaftskraft einzudämmen. Der wachsende Konsens bestand nun darin, dass die mächtige Deutsche Mark, die den Deutschen letztlich die Kontrolle über die europäischen Leit-zinsen verlieh, bald in einer Gemeinschaftswährung aufgehen müsse. Noch vor der europäischen Wieder-vereinigung warnte der damalige fran-zösische Staatspräsident François Mit-terand: „Ohne eine Gemeinschafts-währung sind wir [...] bereits jetzt dem deutschen Willen unterworfen.“

Die Deutschen brachten nicht nur ihre schnell wachsende Wirtschaft in die EU ein, sondern auch ihre politi-sche Kultur, die maßgeblich von einer Neigung zur Verregelung und Verrecht-lichung von Konflikten geprägt war. Dieser Hang zu ewigen Debatten und dem hohen Stellenwert, der im politi-schen Betrieb den rechtsstaatlichen Prinzipien zukam, ließ die EU nach und nach zu einem Spiegelbild des al-ten Heiligen Römischen Reichs Deut-scher Nation werden. Der französische Innenminister Jean-Pierre Chevене-ment warf den Deutschen gar vor, das konstitutionelle Entwicklungsmodell des Heiligen Römischen Reichs gezielt zu nutzen, um damit die Macht der an-deren Nationalstaaten aufzuweichen und unliebsame Positionen zu schwä-chen. Er hatte damit nur teilweise Recht. Denn ein Großteil der staatli-chen Souveränität der EU-Mitglied-staaten, insbesondere in den Bereichen Fiskalpolitik, Außenpolitik und Vertei-digung, wurde weniger umverteilt als atomisiert. Wie das „alte“ Reich war die Europäische Union auf dem Prinzip der Zerstreung von Macht gebaut, nicht auf dem Wunsch, souveräne Staatsgewalt zu konzentrieren.

Umbrüche

Etwa 50 Jahre lang funktionierte dieses Arrangement gut. Deutschland und Westeuropa erlebten einen Auf-schwung. Die Bundesrepublik und die EU waren das beste Deutschland und beste Europa, die es jemals gegeben hatte. Trotz gegenteiliger Befürchtun-gen änderten auch der Umbruch 1989, der Fall der Mauer und der Untergang des Sowjet-Kommunismus daran zu-nächst wenig, obwohl sich das geogra-phische und demographische Gewicht Deutschlands massiv erhöhte. Teilweise ließ sich dies darauf zurückführen, dass Deutschland deutlich länger brauchte als gedacht, um die Folgeschäden des Kommunismus im Osten aufzuräumen. Doch hauptsächlich lag es daran, dass die europäische Integration mit dem Vertrag von Maastricht und der Einfüh-rung des Euro, der nun die D-Mark ab-löste, deutlich beschleunigt wurde, um Deutschland noch fester in den Prozess der Europäischen Vereinigung einzu-binden. Der deutsche Finanzminister Theo Waigel sagte den Deutschen da-mals: „Wir bringen die D-Mark nach Europa.“ Die Währungsunion wurde jedoch nicht von einer politischen Uni-on begleitet, und so behielt die EU die lose Struktur einer Konföderation.

Für einen kurzen Moment schien es, als sei die deutsche Frage durch die Ein-gliederung Deutschlands in den Westen

**Im Zuge des Aufschwungs konnte
sich Deutschland gut in die
EU EINBINDEN.**

gelöst worden. Hinsichtlich Deutschlands Verhalten war die Einschätzung absolut richtig. Die Deutschen hatten sich in der Tat verändert, aber nicht so Europa, oder zumindest nicht genug. Nach 2010 geriet dieses Modell unter erheblichen Druck, hauptsächlich aus strukturellen Gründen. Erstens nahm das Wirtschaftswachstum in Deutschland, dank der Reformen während Gerhard Schröders Kanzlerschaft, deutlich an Geschwindigkeit auf. Deutschland, das in dem Jahrzehnt davor als kranker Mann Europas gegolten hatte, gewann seine Konkurrenzfähigkeit zurück – auf Kosten Südeuropas. Anstelle von weiteren Integrationsschritten im Kern Europas war plötzlich vom „Modell Deutschland“ die Rede. Zweitens explodierte die Blase, die sich in Folge der Währungsunion in Südeuropa gebildet hatte. Ohne die Instrumente einer politischen Union fehlten der EU die notwendigen Werkzeuge, um darauf auf übernationaler Ebene reagieren zu können.

Neue Ansichten – neue Rolle

Als größte Wirtschaftsnation Europas war Deutschland am besten für die kommende Krise gewappnet und begann bald, die gesamteuropäische Krisenstrategie zu dominieren. Die letzten fünf Jahre waren daher von einem bemerkenswerten Machtzuwachs Deutschlands geprägt, das sich lange sträubte, die EZB zu ermächtigen, groß angelegte Anleihekäufe zu tätigen, welche die Staaten in der sogenannten europäischen „Peripherie“ immer verzweifelter forderten. Stattdessen verschrieb Berlin seinen Partnern im Süden Sparprogramme und bis heute schwer umsetzbare fiskalpolitische Regeln. Die Franzosen wurden in den europäischen Entscheidungsprozessen immer weiter marginalisiert. Andere Staaten ver-

loren einen Großteil ihrer Souveränität. Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich in vielen Mitgliedstaaten der Union eine Anti-Deutschen-Stimmung breitmachte. „Wir leben jetzt“, um Timothy Garton Ash zu zitieren, „im Zeitalter der ‚Neuen Deutschen Frage‘.“

Während die deutsche Wiedervereinigung auf der ökonomischen Ebene also erst mit einem Jahrzehnt Verspätung ihre Wirkung entfaltete, waren ihre außenpolitischen Implikationen schon früher spürbar. Der wirkliche und häufig übersehene Wandel, der sich 1989 vollzog, hatte nichts mit der größeren Bevölkerung Deutschlands, sondern mit der größeren Sicherheit Deutschlands zu tun. Der Kollaps der Sowjetunion sowie die Osterweiterung der NATO und der EU bedeuteten, dass Deutschland zum ersten Mal in seiner Geschichte nur noch von freundlichen demokratischen Staaten umgeben war. Diese Entwicklung hat die Motivation Deutschlands, sich mit der Sicherheit des Kontinents zu befassen, jetzt da die eigene Sicherheit nicht mehr auf dem Spiel steht, erheblich verringert. Die Appelle, welche Polen, die baltischen Staaten und Ungarn im Angesicht der Bedrohung durch Putins Russland an Berlin richten, verhalten daher ebenso wirkungslos wie jene der Kroaten und Ungarn vor 500 Jahren, als diese den Reichstag um Hilfe ersuchten.

Die Fragen, die sich nun stellen, sind folgende: Wie kann die Bundesrepublik, wohlhabender und sicherer als je zuvor, davon überzeugt werden, die politische Initiative zu ergreifen? Wie können wir Deutschland dazu bewegen, kurzfristige ökonomische Opfer zu bringen, um das Werk der europäischen Vereinigung zu vollenden? Wie können die Deutschen Bürger Europas bleiben,

ohne sich über die Bürger aller anderen Länder der Eurozone zu erheben? Kann das Potenzial des Kontinents, inklusive Deutschlands, dafür mobilisiert werden, die enormen Herausforderungen, denen wir uns gegenübersehen anzupacken? Kann Europa im Angesicht der wachsenden Bedrohung durch Russland und der neuen Großmachtstellung Chinas den relativen Niedergang der USA ausgleichen? Wie sollen die Europäer die Lücke schließen, die sich zwischen der (außen-)politischen Integration auf der einen und der sozio-ökonomischen Integration auf der anderen Seite aufgetan hat? Wie kann es uns Europäern gelingen, die deutsche und die europäische Frage auf einen Schlag zu lösen? Denn eines ist klar: Lösen lassen sie sich nur zusammen.

Deutschland **VERHARTT bezüglich Europa in alten und ihm bequemem Strukturen.**

Neue Wege

Es gibt einen Weg. Grundvoraussetzung dafür wäre aber, dass die Deutschen die konföderative Tradition des alten Reiches aufgeben. Ebenso muss die Einstellung aufgegeben werden, dass sich Europa in Krisen automatisch weiterentwickelt. Denn diese Krisen haben in der Vergangenheit stets nur einen Ruf nach „mehr Europa“ zur Folge gehabt und damit weiteren Krisen geradezu den Weg geebnet. Mit einem einfachen Mehr an Europa ist es nicht getan. Diese Herangehensweise

kann irgendwann tatsächlich in einer föderalen Union enden. Ebenso wahrscheinlich, wenn nicht wahrscheinlicher, ist aber eine Auflösung nach dem Muster des Zusammenbruchs von 1806.

Was auch immer die Zukunft bringt: Das erste Opfer der Krise war der Irrglaube, dass man die Europäische Integration Schritt für Schritt, graduell, als langsamen Prozess voranbringen könnte. Die meisten großen Veränderungen in der Geschichte geschehen aber nicht als Folge von Prozessen, sondern als Folge von einmaligen Ereignissen. 1776, 1789, 1989 – Europa braucht jetzt wieder so einen zentralen historischen Moment. Es sind die kurz, aber heiß brennenden Feuer, in denen im Angesicht extremer politischer oder ökonomischer Verwerfungen neue politische Identitäten geschmiedet werden.

Im frühen 18. Jahrhundert beendeten die Briten und Schotten eine Jahrhunderte alte Periode ökonomischer, diplomatischer und militärischer Rivalität. Dabei wurden mit der Vereinigung der zwei Königreiche zwei Ziele verfolgt: Erstens sollte die Feindschaft beendet werden, welche Englands Feinden regelmäßig die Möglichkeit gab, Druck auf seine Nordgrenzen auszuüben. Zweitens sollten die gemeinsamen Ressourcen effektiver gegen auswärtige Aggression mobilisiert werden, die zuvor im gegenseitigen Wettbewerb auf dem Kontinent und in den Kolonien verschwendet worden waren. Diese Überlegungen kulminierten nach dem Spanischen Erbfolgekrieg schließlich im „Act of Union“ (1707), der den Schotten eine großzügige Vertretung im englischen Parlament gewährte. Zugleich behielt Schottland sein Bildungs- sowie Rechtssystem, gab aber seine eigenständige Außen- und Sicherheitspolitik auf.

Gemeinsame Feinde wie das Papsttum und die universelle Monarchie trugen weit mehr dazu bei, die zwei Hälften zusammenzuschweißen, als es Bestechung, Einschüchterung oder wirtschaftliche Zwänge jemals vermocht hätten. Großbritannien war geboren

Die Beispiele England und USA zeigen, wie sich Krisen **POSITIV** auf Einigungsprozesse auswirken.

und damit ein wirtschaftlich und militärisch integriertes Staatswesen, das seitdem stets stärker in der Welt auftrat, als es sein eigentliches ökonomisches und politisches Gewicht erlaubt.

Eine ähnliche Entwicklung führte im späten 18. Jahrhundert zur Gründung der amerikanischen Union. Es wird oft davon ausgegangen, dass sich der neue Kontinent in völliger Abgrenzung zu Europa entwickelte. „Amerika Du hast es besser“, wusste Goethe, „Als unser Kontinent, der alte/Hast keine verfallenen Schlösser/Und keine Basalte/Dich stört nicht im Innern/Zu lebendiger Zeit/Unnützes Erinnern/Und verbgeblicher Streit.“ Tatsächlich wurde der amerikanische Staat aber nicht in Abwesenheit europäischer Einflüsse konstruiert, sondern gerade wegen ihnen.

Die dreizehn Kolonien gingen aus dem Krieg gegen Großbritannien zwar siegreich, aber auch mit enormen Schulden hervor. Gemeinsam fanden sie sich nun in einer feindseligen Welt wieder. Der Abzug der britischen Marine machte amerikanische Händler zum Ziel von Piraten, die von Nordafrika aus operierten. Kanada blieb weiter britisch und damit feindselig. Die konstitutionellen Vereinbarungen, die im Kontext des Un-

abhängigkeitskrieges entstanden waren, waren nun gänzlich ungeeignet, um den Herausforderungen Herr zu werden. Es gab keine echte Exekutive, das Parlament hatte nicht das Recht, Steuern zu erheben, und alle internationalen Vereinbarungen mussten einzeln von allen Mitgliedstaaten abgezeichnet werden. Zugleich fehlte eine Armee sowie eine funktionstüchtige Seemarine. Alles in allem eine Situation, die uns Europäern vertraut erscheinen muss. So locker waren die Bande, die die ehemaligen Kolonien zusammenhielten, dass viele Amerikaner fürchteten, die Vereinigten Staaten könnten wieder auseinander brechen. Es kam anders. 1789 gaben sich die Amerikaner eine neue Verfassung, die nach britischem Vorbild die Staatsfinanzen, die Schulden aller Mitgliedstaaten und die Außenpolitik zusammenlegte. Es entstand das mächtigste Land der Welt. Goethe hätte vielleicht schreiben sollen: „Amerika du machst es besser!“

Die Geschichte zeigt, dass erfolgreiche Unionen nicht aus graduellen Prozessen in ruhigen Zeiten entstehen, sondern als Konsequenz scharfer Rupturen

Europa **BRAUCHT** auch finanziell und militärisch eine Vereinigung.

in Perioden, die von extremen Krisen gekennzeichnet sind. Sie kommen nicht als Evolution zu Stande, sie benötigen gewissermaßen einen Big Bang, einen Urknall. Die politische Union, die Europa so dringend benötigt, bedarf nun ei-

nes einzigen Moments der kollektiven Kraftanstrengung seitens seiner Bürger und seiner Regierungen. Es ist dafür nicht notwendig, das Rad neu zu erfinden. Uns steht ein bereits erprobtes Modell zur Verfügung, das sich in der Geschichte nicht nur einmal, sondern zweimal bewähren konnte. Ein vollständige parlamentarische Schulden- und Verteidigungsunion ist der einzige Weg, um Europas Krise zu lösen und auswärtige Gefahren dauerhaft abzuwenden. Nur so kann Europa endlich zu der positiven Kraft auf der Weltbühne werden, die es eigentlich sein müsste. ///



/// PROF. DR. BRENDAN SIMMS

ist Professor für Geschichte der internationalen Beziehungen am Centre of International Studies der Universität Cambridge und Autor des Buches „Kampf um Vorherrschaft. Eine deutsche Geschichte Europas 1453 bis heute“ (München: DVA, 2014).



/// BENJAMIN ZEEB

ist Historiker, Publizist und CEO des Project for Democratic Union, München.